

**FDP zum SPD-Vorschlag einer weiteren städtischen Gesellschaft:
Nein Danke! Wir haben schon genug**

Der Vorschlag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Benedikt Winzen, eine städtische Gesellschaft zu gründen, um dem Unwesen der "Schrottimmobilien" Herr zu werden, stößt bei der FDP auf Ablehnung: "Nein Danke, wir haben schon genug städtische Gesellschaften".

"Zunächst einmal ist der Begriff der "Schrottimmobilien" äußerst vage. Darunter fallen so unterschiedliche Konstellationen wie der Leerstand einer Immobilie, die einem älteren, aber nicht mehr solventen Eigentümer gehört, aber auch Leerstände wie z.B. das ehemalige Studentenheim auf der Alten Gladbacher Straße. Wir stimmen dem Verein der Haus- und Grundeigentümer zu, dass hier differenziert bewertet und angesetzt werden muss", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

"Zudem sind die rechtlichen Möglichkeiten für eine Kommune begrenzt. Der behördliche Zugriff auf leerstehende und dem Verfall preisgegebene Immobilien ist nur dann möglich, wenn von ihnen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere der Nachbarschaft ausgeht oder aber öffentliche Abgaben und Steuern nicht entrichtet werden. Deshalb erscheint es uns sinnvoller, durch ein aktives Quartiersmanagement auf private Eigentümer solcher Immobilien zuzugehen, wobei es nicht immer einfach ist, mit diesen Kontakt aufzunehmen."

Den Vorschlag des SPD-Fraktionsvorsitzenden, eine städtische Gesellschaft zu gründen, sieht die FDP als "reinen Aktionismus" an:

Wir haben städtische Gesellschaften, die sich mit Immobilien in Krefeld beschäftigen, nämlich die Wohnstätte und die Bau GmbH. Darüber hinaus gibt es einen Fachbereich Zentrales Gebäudemanagement, der organisatorisch in Kürze neu aufgestellt werden soll. Wir brauchen keine weitere städtische Gesellschaft im Immobilienbereich, ganz abgesehen davon, dass diese ja mit Kapital ausgestattet werden müsste, wenn sie der Vorstellung von Herrn Winzen folgend Schrottimmobilien aufkaufen soll. Für uns nicht nicht erkennbar, wie dies finanziell von der Stadt gestemmt werden soll."